

Ausgabe Mai 2011

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Bürger sind Abzockern und Spekulanten ausgeliefert:

Mit Murren ist es nicht mehr getan

Der Entsorgungsverband Saar (EVS) hat mit der Umstellung der saarländischen Müllentsorgung auf ein neues Abrechnungssystem einen Dreh gefunden, um die Bürger weiterhin abzuzocken. Obschon 10 Mindestleerungen vorgeschrieben sind, werden den Benutzern 11 Leerungen im Voraus berechnet. Bei 14-tägiger Leerung einer 120-Liter-Tonne macht die Erhöhung 18 Prozent aus.

Aber es sind nicht nur die Eskapaden des EVS, welche immer mehr Bürger auf die Palme bringen. Auch die maßlose Verteuerung der Strompreise, der Anstieg der Krankenkassenbeiträge seit Jahresanfang und der Höhenflug der Spritkosten rütteln am Geduldsfaden der Verbraucher. Dass die Lebensmittelpreise ebenfalls spürbar teurer werden, merken vor allem die Konsu-

umenten, wenn sie ihre Einkäufe tätigen. Selbst die SZ musste am 13.4.11 unter der Überschrift: „Die gefühlte Inflation liegt schon bei vier Prozent“ feststellen: „Ob Kaffee, Strom oder Sprit: Die Dinge des täglichen Lebens werden derzeit spürbar teurer“. Immer mehr Ökonomen warnen vor weiter steigenden Preisen. So meint Bundesbank-Präsident Weber, ein Anstieg der Inflation in Deutschland auf „knapp unter drei Prozent“ zum Jahresende sei nicht auszuschließen.

Schlimm ist, wenn auch die Kommunen versucht sind, auf Kosten der Bürger aus der Bredouille zu kommen. Da macht Püttlingen keine Ausnahme, indem z.B. die Elternbeiträge für die Kindergärten erneut angehoben werden.

Derzeit sind Abzocker und Spekulanten munter dabei, den Verbrauchern das

Immer mehr Menschen sorgen sich um die Sicherheit:

Atomkraftgegner für ‚Aus in Cattenom‘



Beim diesjährigen Ostermarsch in Saarbrücken wurden Forderungen wie Rückzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland, sofortiger Abzug aus Afghanistan, Schluss mit dem Krieg in Libyen nachdrücklich vertreten. Vor allem der schnelle Ausstieg aus der Atomenergie wurde betont (siehe auch S.3 dazu).



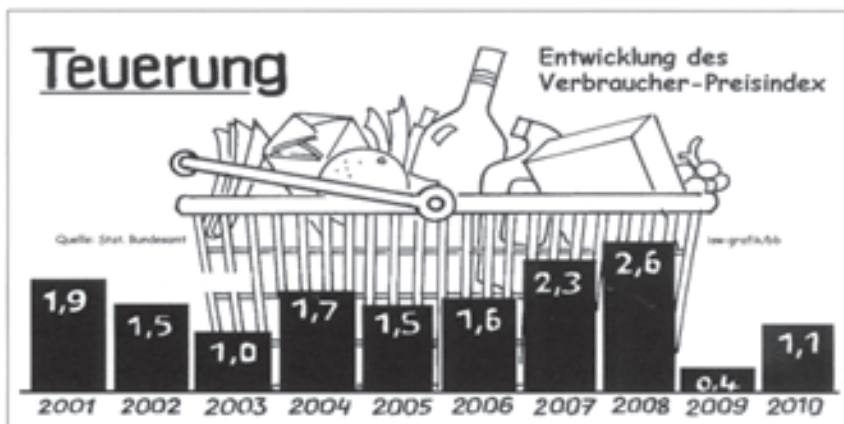
Der wachsende Autoverkehr von und zur Klinik Püttlingen bringt für die Anwohner große Probleme mit sich. Diese fordern deshalb eine Umgehung, um die Belastungen zu reduzieren. Doch die Stadtratsmehrheit stellte sich taub. Lesen Sie dazu auf Seite 8: „Die Probleme bleiben, auch wenn der Bürgerwille negiert wird“.

Fell über die Ohren zu ziehen. Diese haben jedoch zwei Möglichkeiten, darauf zu reagieren: Entweder weiter stillhalten oder endlich Paroli bieten. Dafür sind Protestaktionen verschiedener Art gut geeignet. Vor allem aber der gewerkschaftliche Kampf für höhere Löhne und soziale Sicherheit bedarf breiter Unterstützung. Nur wenn die Einkommen der arbeitenden Menschen in die Höhe gehen und z.B. die Spekulanten auf dem Energiemarkt gebremst werden, kann durch Stärkung des Binnenmarktes die wirtschaftliche Entwicklung gesichert werden.

Es geht um die Stadt Püttlingen:

Was erwartet uns?

Derzeit wird viel über Perspektiven für Püttlingen nachgedacht. Ein Planungsbüro ist gerade dabei, ein Gemeindeentwicklungskonzept zu erarbeiten, bei dem die demografische Entwicklung und der Bevölkerungsrückgang eine besondere Rolle spielen. Städtetags-Präsident Lorig wirft angesichts der kommunalen Notlage die Frage auf, ob das Saarland „zu strukturellen Veränderungen kommen müsse, was die Zahl der Kommunen angehe“. Selbst BM Speicher sieht für Püttlingen in seiner jetzigen Form keine Bestandsgarantie und wirft die Frage nach „größeren, leistungsfähigeren Einheiten“ auf. Wir befassen uns auf Seite 6 damit.



Das Leben ist im vergangenen Jahr wieder teurer geworden. Der Preisanstieg war zwar noch mäßig, aber gefährlich ist die Tendenz. Preistreibend wirkten vor allem Kraftstoffe, Leichtes Heizöl und Strom. Überdurchschnittlich erhöhten sich auch die Preise für Nahrungsmittel. Es wird befürchtet, dass es so weitergeht. Überall in der Welt beschleunigt sich derzeit der Preisauftrieb. Im Februar lag in Deutschland der Verbrauchspreisindex bei 2,1 %. Tendenz: steigend. Größte Preistreiber waren dabei Energie (+ 10,2 %) und Nahrungsmittel (+ 3,4 %).

Rentenerhöhung um ein Prozent durch Inflation bereits aufgefressen:

Rentner sind wieder die Betrogenen

Rund 20 Millionen Rentner in Deutschland erhalten ab dem 1. Juli mehr Geld. Bundesministerin von der Leyen hat in diesem Zusammenhang von einem „spürbaren Plus“ gesprochen. In Wahrheit bedeutet das jedoch eine Verhöhnung der älteren Mitbürger. Die „spürbare“ Erhöhung macht genau 0,99 Prozent aus. Und dieses knappe ein Prozent reicht nicht einmal aus, um die steigenden Lebensmittelpreise und wachsenden Kosten im Gesundheitswesen auszugleichen.

Bei einer Monatsrente von 1200 Euro macht die kommende Rentenerhöhung

schlappe 12 Euro aus. Wer hat jedoch so eine Rente? Die Meisten werden sich mit wesentlich weniger abfinden müssen. Mit 6 bis 10 Euro mehr im Monat sind keine großen Sprünge zu machen.

Fest steht, dass sich die Rentner in den nächsten Jahren weniger leisten können und der Gürtel immer enger geschnallt werden muss. Altersarmut ist damit vorprogrammiert.

Von dem viel gelobten Aufschwung der Wirtschaft werden die Rentner nicht erreicht, sie sind wieder einmal die Betrogenen. Männer und Frauen, die ein Leben lang schwer gearbeitet und gehofft haben, einen gesicherten Lebensabend zu verbringen, müssen nun die Folgen einer verkorksten Rentenpolitik tragen. Lange anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Übertragung von sachfremden Aufgaben an die Rentenversicherung und falsche Weichenstellungen haben die Rentenversicherung an den Rand des Abgrunds getrieben. Jetzt werden die Folgen auf die Rentner abgewälzt.

Rentner sind demnach gut beraten, wenn sie gemeinsam mit den aktiven in den Betrieben und Verwaltungen für eine andere Sozialpolitik eintreten. Und wenn da Demonstrationen gegen Sozialabbau und Ungerechtigkeit stattfinden, sollten sich die Rentner solidarisieren. Denn es geht letztendlich auch um ihre Interessen.

Feuer einstellen!

Acht Jahre nach dem Irak-Krieg haben USA, Frankreich und Großbritannien am 19. März eine große Militäraktion in Libyen gestartet. Hunderte Bomben und Raketen wurden bereits in den ersten Tagen von Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen im Mittelmeer auf Libyen abgeschossen. Tod und Zerstörung sind die Folge.



Den Vorwand für das neuerliche Kriegsabenteuer lieferte die am 17. März beschlossene Resolution Nr. 1973 des UNO-Sicherheitsrates. Sie verkündet eine „Flugverbotszone“ und genehmigt Militärschläge.

Der westliche Militäreinsatz bedeutet eine einseitige Parteinahme im libyschen Bürgerkrieg zugunsten der „Rebellen“, über deren Ziele nichts bekannt ist. Nicht zuletzt wird damit eine Warnung gegen jene ausgesprochen, die in Tunesien, Ägypten oder anderswo daran denken sollten, einen eigenen Entwicklungsweg einzuschlagen. Das ist die imperialistische Reaktion auf die arabischen Revolutionen.

Es geht nicht nur um die reichen libyschen Ölvorräte. Es geht um die Beherrschung Libyens durch ein Regime, das der imperialistischen Nahost- und Mittelmeerpolitik von USA und EU als Stützpfiler dient.

Bombenangriffe auf Libyen dienen nicht humanitären Zielen. Der einzige Weg zu einer Regelung im Namen der Humanität bleibt die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und die Aufnahme von Verhandlungen über eine friedliche Regelung.

Es ist erschreckend, dass Krieg wieder ohne großes Federlesen als Mittel der Politik eingesetzt wird. Mit Waffengewalt und staatlichem Terror (etwas anderes ist Krieg nicht!) bringt man weder Freiheit noch Demokratie. Man schafft nach Irak und nach Afghanistan einen weiteren Krisenherd. Damit muss Schluss gemacht werden.

Wo der Reibach stimmt

Der private Reichtum in der Bundesrepublik ist auf 6,6 Billionen Euro (das sind 6 600 Milliarden Euro) angewachsen. 430.000 Millionärshaushalte gibt es im Land. Das oberste Zehntel der Bundesdeutschen verfügt über 60 Prozent des Vermögens, die „unteren“ 70 Prozent haben lediglich neun Prozent vom Vermögen.

Die Superreichen sind es, die durch die Steuerpolitik der Bundesregierung begünstigt werden. Sie sind es, die vom wirtschaftlichen Aufstieg profitieren, während sich Rentner und Geringverdiener Sorgen um ihre Zukunft machen müssen.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Entw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck

Die Tragödie von Fukushima zwingt zum Umdenken:

Atomkraftwerke müssen verschwinden

Mit Erschütterung haben auch viele Bürger unserer Stadt auf die bedrohlichen Ereignisse in Japan reagiert. Dort löste ein Erdbeben von bislang nicht gekannter Größenordnung einen Tsunami aus, der riesige Gebiete dem Erdboden gleichmachte; gleichzeitig wurde dadurch eine Katastrophe im Atomkraftwerk Fukushima mit verheerenden Folgen verursacht. Das hat in allen Teilen der Welt großes Entsetzen hervorgerufen.

In Deutschland trug die Tragödie von Fukushima zu einer breiten Protestbewegung bei, welche die unverzügliche Abschaltung der Atomkraftwerke verlangt und sich für die Umstellung auf regenerative Energie einsetzt. Jüngst, beim Ostermarsch in Saarbrücken, wurde erneut die Abschaltung aller Atomanlagen und vor allem die sofortige Stilllegung des störanfälligen AKW Cattenom gefordert.

Das japanische Desaster hat deutlich gemacht, dass Atomkraftwerke riesige Gefahren in sich bergen, zumal auch die Endlagerung von Atomabfällen bisher nicht geklärt ist. Angst breitet sich aus, dass sich – nach Tschernobyl vor 25 Jahren und jetzt in Fukushima – eine ähnliche Katastrophe bei uns wiederholen könnte.

Ausstieg muss sofort beginnen

Die Forderung nach Ausstieg aus der Atomenergie wird schon seit vielen Jahren öffentlich erhoben. Dennoch unternahm die Bundesregierung alles, um eine Verlängerung der Laufzeiten für die AKWs zu erreichen. Erst nach dem Knall von Fukushima musste die Merkel-Regierung einen Rückzieher machen, plötzlich ist die Kernenergie doch nicht so sicher wie immer behauptet.

Sozial Schwache sollen die Suppe auslöffeln



Um das gigantische Haushaltsdefizit des Bundes zu schrumpfen und die von der Großen Koalition im Grundgesetz verankerten „Schuldenbremse“ einzuhalten, verabschiedete die schwarz-gelbe Koalition im Herbst des vergangenen Jahres das „größte Sparpaket in der Geschichte der

et. Ein dreimonatiges Moratorium wurde beschlossen, einige Altanlagen sind abgeschaltet worden. Sicherheitsüberprüfungen sollen stattfinden.

Es gibt jedoch keinen Anlass zur Entwarnung. Noch ist völlig offen, wie sich die Regierung letztendlich entscheidet. Zumal die Energiekonzerne damit begonnen haben, Druck auszuüben. Sie wollen, dass auch die abgeschriebenen AKW weiter am Netz bleiben, weil damit **eine Million Euro pro Tag** zu verdienen sind.

Die Betreiber von Kernkraftwerken sind nicht pingelig, wenn es um ihren Profit geht. Oft genug bleibt da die Sicherheit auf der Strecke. Dafür bietet Fukushima neue Beispiele. So berichtete die SZ am 29.3.11, dass „kurz vor dem Erdbeben bekannt (wurde), dass im AKW Fukushima I insgesamt 33 Geräte und Maschinen nicht ordnungsgemäß überprüft wurden“. Auch schon vorher hatte Kraftwerksbetreiber Tepco mehrfach für negative Schlagzeilen gesorgt. Niemand darf annehmen, dass „unsere“ Konzernbosse da besser sind: Gleiche Brüder, gleiche Kappen!

Immer öfter kommt das Argument, bei einem Atomausstieg müsse der Strom erheblich teurer werden, weil riesige In-

vestitionen für Stromnetze und Speicherkapazitäten notwendig seien. Das ist aber ein vorgeschobenes Argument, weil E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall den Rachen nicht vollkriegen.

Bundesrepublik“ (FAZ). Damit sollen bis 2014 über 80 Milliarden Euro eingespart werden, davon 32 Mrd. im Sozialbereich und 13 Mrd. durch Stellenstreichungen und Gehaltskürzungen im Öffentl. Dienst. Vor allem Hartz-IV-Empfänger und Arbeitslose

sollen die Suppe auslöffeln, die uns Regierung und Konzerne eingebrockt haben. Letztere werden nicht oder, wie die Banken, mit „Peanuts“ zur Kasse gebeten. Das Sparpaket der schwarz-gelben Koalition erspart sich jedwede Belastung von Superreichen, es ist zutiefst unsozial.



vestitionen für Stromnetze und Speicherkapazitäten notwendig seien. Das ist aber ein vorgeschobenes Argument, weil E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall den Rachen nicht vollkriegen.

Unsere Sicherheit wird bedroht

Leider ist es so, dass die Atomkonzerne und ihre Bosse auch nach Tschernobyl und Fukushima nur ihre Riesenprofite im Sinn haben und die Öffentlichkeit desinformieren. Damit muss Schluss gemacht werden, die Energieversorgung der Bevölkerung als öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht länger den privaten Profitinteressen unterworfen bleiben. Die Energieversorgung muss als Schlüsselindustrie im Interesse unserer Kinder und Kindeskinde raus aus den Händen der Atombosse, sie muss unter gesellschaftliche Kontrolle und in Gemeineigentum überführt werden.

Die DKP fordert:

- * AKWs sofort abschalten und endgültige Stilllegung der Anlagen.
- * Umsteuern auf erneuerbare Energien.
- * Enteignung der großen Energiekonzerne und deren Überführung in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle.
- * Es ist höchste Zeit für ein ökologisch und sozial nachhaltiges Gesellschaftssystem.

Übrigens: Nach Hinweisen von Greenpeace wurde die Entwicklung u. Sicherung von Atomkraftwerken in Deutschland (einschließlich Forschung, Lagerung und Gewährleistung von Atomtransporten) bisher mit rund 300 Mrd. Euro aus Steuergeldern subventioniert, während die Profite von den privaten Bossen kassiert worden sind. Genau genommen gehören die AKWs heute schon den Steuerzahlern. Und die tun gut daran, die Abschaltung der Atom-Anlagen aktiv zu unterstützen.

Das DKP- Fest

an der Fischerhütte
im Kesselfeld hat
eine gute Tradition.



Dort treffen sich die unterschiedlichsten Linken und viele Andere. Und meist kommt es dabei zum freimütigen Meinungsaustausch über aktuelle Fragen. Wie immer ist das Programm abwechslungsreich:

- Begrüßung der Gäste
- Selbstgebackter Kuchen
- Spezialitäten vom Grill
- Infos aus erster Hand
- Kleine Verlosung
- Spass und Unterhaltung

Früh- Linksfest 2011

Werte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Sie alle sind uns herzlich willkommen.
Wir freuen uns darauf, mit Ihnen einige
frohe Stunden der guten Unterhaltung
zu verbringen. Bis dahin alles Gute!



28. Mai

15.00 h

Auch diesmal an der Fischerhütte im Kesselfeld

Aus der Natur für die Natur

**Püttlinger Pflanzboden
Püttlinger Natur-Kompost**

SCHMEER
Umwelt GmbH

Auf dem Dickenberg
66346 Püttlingen
Tel. 0 68 98 - 96 36-0
Fax: 0 68 98 - 96 36-36
umwelt@sandundkies.de
www.sandundkies.de



FENSTER-JERUSALEM GmbH
VERTRAGSPARTNER DER
SALAMANDER-WERKE

**Eigene Produktion von
Fenstern, Türen u. Rolläden**

**Köllertalstraße 8
66346 Püttlingen**

Telefon: (06898) 6 38 74 - Fax: (06898) 6 77 26

Gasthaus W. Meyer

Geöffnet ab 17.00 Uhr
Ruhetage: Montag u. Donnerstag

**Speisen à la Carte und
vom Kamin-Grill**

Probieren Sie doch mal unser
Freitags-Angebot. Hierzu erhalten
Sie 1 Bier und 1 Absacker. Für die
kleinen Gäste: Kindercocktail + Eis.
Wir empfehlen uns für Festlichkei-
ten aller Art (bis 150 Personen).

Aspenschacht, Bärenbergstr. 126
Telefon 06806 - 3723
66346 Köllerbach-Püttlingen

**Café
Bäckerei
Conditorei**

BLANR

Spezialitäten frisch aus
der Backstube

66346 Püttlingen

Weierbachstraße 4
Telefon 06898 - 6 62 79
Café Marktstraße 20
Telefon 06898 - 69 46 03



Jansen's Eck

Ecke Völklinger / Derler Straße
66346 Püttlingen
Telefon 6 63 86
Donnerstags Ruhetag

Sonntags von 12 bis 14 Uhr
Gutbürgerlicher Mittagstisch
mit Vor- und Nachspeise

Diskussion über neue Strukturen der Städte und Gemeinden:

Sind Kommunen noch lebensfähig?

Immer mehr Städte und Gemeinden leiden unter erdrückender Finanznot. Sparen an allen Ecken und Kanten ist angesagt. Hinzu kommt der demografische Faktor: Zunehmend mehr ältere Mitbürger leben in unserer Stadt, die Zahl der Kinder ist rückläufig. Viele Ältere haben niemand, der später das Haus übernehmen will oder kann. Schon geht die Zahl leerstehender Wohnungen und Gebäude rasant in die Höhe. In dieser problematischen Situation wird immer öfter über die Zusammenlegung von Kommunen nachgedacht. Kann das ein vertretbarer Ausweg sein? Wir meinen: Nein!

Schon im vergangenen Jahr hat die SZ (am 27.2.10) einen Bericht gebracht, der sich mit dem drastischen Rückgang der Bevölkerung beschäftigte. Dabei wurde auch erwähnt, dass die Städte und Gemeinden quasi pleite sind. Unterm Strich werde sich sogar die Frage stellen, „ob die Köllertal-Kommunen in ihrer jetzigen Form überhaupt erhalten bleiben, oder ob es eine wie auch immer geartete Gebietsreform gibt“.

Neuerdings hat sich auch der Städtetagspräsident Klaus Lorig in die Diskussion (SZ vom 18.3.11) eingeschaltet. Er hält es angesichts der steigenden Finanznot für möglich, dass viele Kommunen die Anforderungen der Schuldenbremse „einfach nicht schaffen“, deshalb stelle sich die Frage, „ob das Saarland zu strukturellen Veränderungen kommen müsse, was die Zahl der Kommunen angehe“.

Bürgermeister Speicher meint: Gehen die Haushalte der Städte und Gemeinden noch „weiter auf Talfahrt, wird sich die Frage nach größeren, leistungsfähigeren Einheiten stellen“. Sein Amtskollege aus Ottweiler, Bürgermeister Rödle, geht sogar so weit, „mehr Verwaltungsvorgänge in Städten und Ge-

meinden kreis- oder landesweit zu zentralisieren, um Kosten zu sparen“ (SZ vom 6.4.11). Nicht jedes Rathaus müsse die Kasse und Personalverwaltung selber regeln. Er hält auch ein „zentrales Personenstandsregister, ein Geburten- u. Sterberegister sowie ein Lebenspartnerschaftsregister“ für möglich.

Gerade die Überlegungen von Rödle, der zugleich Vizepräsident des saarländischen Städtetages ist, lässt die Frage aufkommen, warum überhaupt noch Kommunen erforderlich sind, wenn wichtige Aufgaben ganz oder teilweise zentralisiert werden. Wir meinen, dass damit das verbrieftete Recht kommunaler Selbstverwaltung ausgehebelt wird und die Räte der Städte und Gemeinden zu billigen Hilfskräften einer administrativen Verwaltung degradiert werden. Das darf jedoch nicht sein!

Wir sollten uns an die Gebietsreform erinnern, die am 1. Januar 1974 in Kraft getreten ist. Damals sind aus 350 Städten und Gemeinden rund 50 Großgemeinden gebildet worden. Tausende kommunale Mandate gingen dabei verloren. Die neu geschaffenen Ortsräte haben bis heute nichts zu bestellen, weil sie von finanzieller Entscheidungen



ausgeschlossen sind und kaum mehr als eine Alibifunktion haben.

Damals wurden formal größere Einheiten geschaffen, aber die Lage ist kaum besser geworden, weil eine ordentliche Finanzausstattung bis dato nicht erfolgt ist. Darum geht es jedoch!

Wer heute aus finanzieller Not für die Zusammenlegung von Gemeinden plädiert, wird bitter enttäuscht werden, weil größere Einheiten nicht automatisch zu höherer Leistungsfähigkeit führen. Wenn Nullen zusammengeführt werden, kommt allenfalls 0,00 heraus. Das Entscheidende war und ist die Bereitstellung von mehr Mitteln für die Kommunen. Dann können diese auch ihre Aufgaben erfüllen.

Wir glauben, dass die Kommunen noch lebensfähig sind. Das Land muss allerdings den Städten und Gemeinden das ihnen zustehende Geld zukommen lassen. Wenn das Land zudem einen Teil des kommunalen Schuldendienstes übernehmen würde, könnten weitere Schulden vermieden werden. Dann wäre die Schuldenbremse überflüssig und die Bürger müssten nicht dauernd zur Ader gelassen werden.

Es ist eine höchst aktuelle Forderung der DKP, ausreichende Finanzmittel für die Städte und Gemeinden bereitzustellen, damit diese ihre Aufgaben im Interesse der Menschen wahrnehmen können.

Natürlich haben wir nichts gegen eine vernünftige Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden, wie das Beispiel Wertstoffhof in Walpershofen beweist. Aber „auf Teufel komm raus“ die bestehenden Strukturen zu zerschlagen und die Rechte der Kommunen zu beschneiden, das werden wir nicht mitmachen.

Beispiele dafür, wo Geld zu holen ist

Krise? Was für eine Krise? Konzerne und ihre Aktionäre haben sie längst weggesteckt. Sie melden Rekordgewinne und Super-Dividenden, die an das Boom-Jahr 2007 vor dem Finanzcrash und Wirtschaftsdesaster anknüpfen. Die Dax-30-Konzerne haben 2010 wahre Profitraketen abgeschossen und verdienten wie in Vorkrisenzeiten:

58,6 Mrd. Euro Nettoprofit (+ 117 %). Die 110 börsennotierten Unternehmen (Dax-30, M-Dax, Tec-Dax) haben ihre Gewinne gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Die Folgen der Krise tragen die kleinen Leute, denen teilweise das Wasser bis zum Hals steht, die Großkonzerne aber schwimmen im Geld. Überall auf der Welt – in den USA, in Japan und in Europa. Sie haben soviel Geld, das sie für Investitionen nicht brauchen, da diese sich mangels globaler Kaufkraft kaum rentieren. Also wird spekuliert. Diese Quellen könnten angezapft werden, wenn endlich die Vermögenssteuer eingeführt würde.





Der bekannte Maler Engelbert Stein, hat sich mit unzähligen Bildern von seiner Heimatstadt Püttlingen (oben: ein Aquarell der ehemaligen Grube Viktoria) und mit eindrucksvollen Reminiszenzen von Reisen in viele Länder dieser Welt einen Namen gemacht. Vor allem aber seine Darstellungen saarländischer Industrie- und Hüttenkultur haben ihm öffentlichen

Ruhm eingebracht: Engelbert Stein (Foto: li.) wurde am 27. März 2011 mit dem Fritz-Zolnhofer-Preis der Stadt Sulzbach ausgezeichnet. Dieser Preis wird seit 2001 alle zwei Jahre an Künstler aus der Region verliehen, die sich künstlerisch mit den Themen Mensch, Landschaft und Industrie befassen. Die DKP gratuliert dem Preisträger für die verdiente Anerkennung.

Nach der aufwändigen Sanierung der Burg Bucherbach:

Wiedereröffnung mit einem Weinfest

Über Monate hat sich die Sanierung der Burg Bucherbach (unser Foto zeigt einen der beiden Türme) hingezogen. Inzwischen sind die Arbeiten weitgehend abgeschlossen. Allerdings müssen noch erhebliche Mängel beseitigt werden, denn der Mörtel auf den sanierten Oberseiten der Mauern erwies sich als wasserdurchlässig. Jetzt muss das lockere Material aus den Fugen herausgekratzt und durch neuen Mörtel ersetzt werden. Danach kann man das Kulturerbe unserer Stadt voll nutzen.

Mit einem Weinfest am 30./31. Juli soll die sanierte Burganlage offiziell übergeben werden. Bereits im vergangenen Jahr hat sich eine Interessengemeinschaft (IG) gebildet, die sich verstärkt um die Anlage kümmern will. Diese IG will das geplante Weinfest ausrichten und konnte dabei auch die Stadt Püttlingen als Mitveranstalterin gewinnen. Der Stadtrat fasste diesbezüglich in sei-



ner Sitzung vom 13. April einen Beschluss, den auch die DKP mitgetragen hat. Mit einem Beitrag von 2.000 Euro ist diese Aktion verbunden. Wenn man bedenkt, dass mit einer ansprechenden Auftaktveranstaltung die restaurierte Burganlage noch besser als Aushängeschild der Stadt ins Blickfeld gerückt wird, dann sind die Mittel gut angelegt.

Die DKP weiß, dass es noch andere wichtige Dinge gibt, wofür aber das Geld fehlt. Da war es schon sinnvoll, die zweckgebundenen Mittel aus dem Konjunkturprogramm zu nutzen, um die Burganlage vor weiterem Verfall zu schützen.



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Kurz und knapp

Der Sportplatz Köllerbach bekommt einen neuen Kunstrasen. Das hat der Stadtrat in der letzten Sitzung beschlossen und 158.000 Euro als einmalige Zuwendung vorgesehen. Kritisch wird vermerkt, dass sich der Verein eine teure Oberliga-Mannschaft leistet und dann noch einen Zuschuss von der Stadt erwartet. Die DKP enthielt sich der Stimme, weil auch wir den Profisport mit Fragezeichen versehen. Andererseits wissen wir aber, dass die Sportfreunde eine gute Jugendarbeit leisten. Da wollten wir uns nicht querlegen.

*

Der Turnverein Köllerbach konnte Ende März sein 110-jähriges Bestehen feiern. Für die DKP nahm Franz Hertel an der Festveranstaltung teil. Er überbrachte dem Verein die Glückwünsche zum Jubiläum und übergab ein Präsent.

*

Der Mandolinenverein Köllerbach hat bei einer Matinee seinen Ehrenvorsitzenden Rudolf Jungmann und den langjährigen Dirigenten Josef Grün für ihre Tätigkeit im Verein geehrt. Beide werden von der DKP beglückwünscht.

Zufahrt zur Klinik:

Die Probleme bleiben, auch wenn der Bürgerwille negiert wird

Die Knappschaftsklinik will den modernen Anforderungen an ein medizinisches Zentrum gerecht werden und dafür weiter investieren. Eine Rehaklinik soll entstehen und endlich wird durch den Bau von Parkflächen auch den Parkplatzproblemen zu Leibe gerückt.

„Die DKP-Fraktion steht dieser Erweiterung der Klinik Püttlingen positiv gegenüber“, wie Hans Schwindling in der Stadtratssitzung vom 13. April ausdrücklich betonte. Allerdings sehe die DKP große Probleme bezüglich den Verkehrs- und Lärmbelastigungen. Deshalb plädierte Schwindling für den Bau einer Umgehungsstraße. Das war auch ganz im Sinne der Anlieger, die eine Interessengemeinschaft gebildet haben und in der Stadtratssitzung stark vertreten waren.

Bekanntlich ist die Klinik vor rund vier Jahrzehnten errichtet worden. Damals reichte die Zufahrt völlig aus. Doch inzwischen sind weitere Anlagen (Dialysezentrum, Seniorenresidenz, Naturheilkundeklinik) dazugekommen. Das Verkehrsaufkommen hat sich vervielfacht, und damit haben auch die Belastungen für die Anwohner zugenommen.



Dieses Foto aus der Saarbrücker Zeitung vom 13.4.11 illustriert deutlich, dass sich die Anlieger der Klinik-Zufahrt mit den wachsenden Belastungen des Autoverkehrs nicht abfinden wollen.

Deshalb fordern sie ganz zu Recht eine Umgehungsstraße. Ein gewisser Optimismus herrschte noch, nachdem Bürgermeister Speicher laut SZ (vom 12.11.10) erklärt hatte, es „bestehet nach wie vor Grund zur Hoffnung, trotz schlechter Lage der öffentlichen Finanzen, eine bürgerfreundliche Lösung durch den Bau einer neuen Zufahrtstraße doch noch realisieren zu können“. Daraus wurde aber nichts. In der Ratssitzung wollten Verwaltung und Jamaika-Koalition von einer Umgehungsstraße nichts mehr wissen.

Selbst eine Machbarkeitsstudie ist abgelehnt worden. Dabei hätte gerade eine derartige Studie klären können, unter welchen Bedingungen und mit welchen Kosten das Projekt Umgehungsstraße zu realisieren ist, oder auch nicht.

Stattdessen verschanzte sich die CDU/FDP-Brüderschaft (wortlos gefolgt von

dem schwarzen Grünen-Vertreter) hinter den von der Knappschaft veranlassten Gutachten, wonach die Grenzwerte für Lärm- und Verkehrsbelastungen durch den verstärkten Verkehr nicht überschritten würden.

Damit wollten sich aber die Oppositions-Fraktionen nicht abfinden. Deshalb ergriff auch Franz Hertel (DKP) das Wort: „Ich bin nicht so gutgläubig, ein Gutachten als gottgegeben hinzunehmen“. Oft genug sind solche Gutachten äußerst fraglich und nicht selten fallen sie so aus, wie die Bestellung erfolgt ist. Erneut stellte sich Hertel auf die Seite der Anwohner und forderte eine Umgehungsstraße.

Seitens der CDU wurden die Anwohner „angemacht“, weil sie auf dem Bau einer Umgehung beharren. Argument: In anderen Straßen leide die Bevölkerung ebenfalls unter hohem Verkehrsaufkommen. Wenn man den Anwohnern in der Humes entgegenkomme, müsste man überall Umgehungsstraßen bauen: „Nicht alle Bürger identifizieren sich mit der Bürgerinitiative“.

Nun stimmt es durchaus, dass die Verkehrsbelastungen in anderen Straßen ebenfalls groß sind oder sogar noch schlimmer. Deswegen ist das Begehren der Humes-Anlieger aber nicht falsch. Im Gegenteil. Diese haben allen Grund, sich zu wehren. Wenn die Betroffenen anderer Bereiche nichts dagegen machen, dann müssen sie eben die Belastungen hinnehmen. Besser ist es jedoch, seinen Unmut öffentlich zu bekunden: „Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren!“



Unsere Zeit (UZ) Wochenzeitung der DKP

Diese Zeitung stellt die Interessen der Arbeitenden und Ausgebeuteten in den Mittelpunkt, unabhängig von Rasse, Geschlecht, Religion und Nationalität. Sie blickt über den großdeutschen Tellerrand und macht Mut zu Veränderungen der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse. Die UZ kann über den Herausgeber (siehe Impressum) bestellt werden.